

se anzunehmen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – Das sind die Piraten, die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? – Eine bei den Piraten. Weitere Stimmenthaltungen sehe ich nicht. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/3468 angenommen** und damit auch der **Gesetzentwurf Drucksache 16/2279 in der Fassung der Beschlüsse** aus dem Ausschuss **angenommen**.

Wir kommen viertens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 16/3517**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das ist die FDP. Wer stimmt dagegen? – Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Piraten. Wer enthält sich? – Die CDU enthält sich. Damit ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP **abgelehnt**.

Wir kommen fünftens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/3535**. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Das sind die Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer enthält sich? – Die CDU-Fraktion.

(Jochen Ott [SPD]: Soweit anwesend!)

Damit ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der Entschließungsantrag der Fraktion der Piraten **abgelehnt**.

Wir sind am Ende der Abstimmungen zu Tagesordnungspunkt 9, den ich gleichzeitig schließe.

Ich rufe auf:

10 Gesetz zur Änderung des Dritten Ausführungsgesetzes des Kinder- und Jugendhilfegesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3440

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellenden Fraktionen zunächst Herrn Kamieth aus der CDU-Fraktion das Wort.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Jens Kamieth (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Das waren damals große Worte, als von der sogenannten Koalition der Einladung gesprochen wurde. Das Parlament sollte aufgewertet werden, die Fraktionen sollten mehr Möglichkeiten zur

Mitsprache erhalten, die Demokratie sollte gestärkt werden.

Auch das ist noch nicht lange her: Ich sehe die Ministerpräsidentin noch vor mir, wie sie gemeinsam mit der Präsidentin den Plenarsaal verließ, um eine Parlamentsinformationsvereinbarung zu unterzeichnen. Die Berichts- und Vorlageverpflichtung der Landesregierung gegenüber dem Parlament sollte gestärkt werden.

Und heute? – Diese Zeiten waren schnell vorbei, als aus der Koalition der Einladung die „Kommandokultur“ von Frau Kraft geworden ist. So nannte es vor kurzem der DGB mit einer, wie ich finde, sehr zutreffenden Bezeichnung. Diese Kommandokultur von Rot-Grün zeigt sich leider auch im Umgang mit dem Parlament und uns Abgeordneten. Frau Kraft liegt wirklich nichts am Parlament. Das ist bedauerlich. Schade, dass ich ihr das nicht persönlich zurufen kann.

(Beifall von der CDU)

Ein besonderes Beispiel für ihr Desinteresse ist der Kinder- und Jugendförderplan. Die Zusammenarbeit von Ihnen in der Landesregierung und uns dem Parlament in dieser Sache ist recht willkürlich. Wir Abgeordnete wollen aber keine Kommandos von Ihnen erhalten und nicht Adressat Ihrer Willkür sein.

(Dagmar Hanses [GRÜNE]: Worum geht es eigentlich?)

Der Landtag stellt jährlich 100 Millionen € Haushaltsmittel für den Kinder- und Jugendförderplan zur Verfügung. Über die Verteilung dieser Gelder innerhalb des Plans kann der zuständige Landtagsausschuss, der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, bislang nicht mitentscheiden. Eine Beteiligung des Ausschusses ist nicht vorgesehen. Dem Ausschuss wird bislang lediglich der fertiggestellte Plan unmittelbar vor dem Erlass zur Verfügung gestellt. Eine fachliche Auseinandersetzung ist dann naturgemäß nicht mehr möglich.

(Zuruf von der CDU: Auch nicht gewollt!)

Unsere regelmäßigen Hinweise im Ausschuss, dass wir ein transparenteres Verfahren wollen, haben Sie bislang leider nicht aufgegriffen. Wir Oppositionsfraktionen von CDU, FDP und Piraten wollen aber, dass sich dies ändert. Wir wollen eine angemessene Beteiligung des Ausschusses. Wir wollen die Verbindlichkeit der Beteiligung geregelt haben. Wir wollen, dass die Rechte des Landtags damit insgesamt gestärkt werden.

(Beifall von der CDU)

Deshalb haben wir den vorliegenden Gesetzentwurf eingebracht.

Es gibt auch gute Gründe, den Ausschuss stärker zu beteiligen: Im Ausschuss sitzen die richtigen Fachleute, die die Thematik zum Teil seit vielen

Jahren gut kennen. Viele von Ihnen arbeiten in kommunalen Jugendhilfeausschüssen mit. Uns geht es um die Kinder und Jugendlichen. Wir wollen unseren Auftrag wahrnehmen und uns für Kinder und Jugendliche in unserem Land einsetzen. Dafür brauchen wir Informationen. Wir benötigen Mitgestaltungsmöglichkeiten. Wir brauchen ein Mitspracherecht für den Kinder- und Jugendförderplan. Uns liegen die Kinder und Jugendlichen am Herzen. Deswegen braucht der Ausschuss mehr Rechte. Wir brauchen ein transparentes Verfahren.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Aus diesem Grunde bitte ich um Ihre Zustimmung zu unserer Gesetzesvorlage, zunächst allerdings um Ihre Zustimmung zur Überweisung. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Kinder- und Jugendarbeit ist der Kinder- und Jugendförderplan das maßgebliche Förderinstrument. Seine Mittel werden auf viele unterschiedliche Bereiche verteilt. Es erfolgt eine Schwerpunktsetzung – sie ist teilweise im Gesetz festgelegt –, die uns dann vom Ministerium vorgelegt wird.

Die FDP-Fraktion hat in den letzten Jahren diesen Kinder- und Jugendförderplan nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, sich mit dem Thema stärker auseinanderzusetzen, sich das Fördervolumen nicht nur in seiner Höhe anzuschauen, sondern auch danach zu schauen, wofür diese Mittel verwendet werden, mit den Verbänden Gespräche zu führen, die aus dem Plan eine Förderung erhalten, aber auch mit den Verbänden und Betroffenen zu diskutieren, die noch keine Förderung erhalten, und daraus dann entsprechende Änderungsvorschläge abzuleiten.

Deswegen haben wir in der letzten Ausschusssitzung erstmalig konkrete Vorschläge vorgelegt, wie wir uns vorstellen könnten, den Kinder- und Jugendförderplan weiterzuentwickeln. Das ist auch Aufgabe des Parlaments. Schließlich geht es um ein Gesamtvolumen von 100 Millionen €. Ich bin schon der Meinung, dass es dann schon Aufgabe des Parlaments ist, sich damit stärker zu beschäftigen als das nur einmal in einer Ausschusssitzung zur Kenntnis zu nehmen.

(Dagmar Hanses [GRÜNE]: Es steht Ihnen frei, sich damit zu beschäftigen!)

– Es steht uns frei, uns damit zu beschäftigen! Es ist auch Pflicht des Parlaments, sich damit zu beschäftigen.

Ich glaube, es ist gut, wenn wir nicht nur die Höhe beschließen, sondern auch über die Gesamtausgestaltung diskutieren. Deswegen bin ich der Meinung: So wie das Gesetz im Moment ausgelegt ist, bedeutet es zu wenig Beteiligung des Parlaments, und das bei einem so wichtigen und zentralen Bereich.

Im Übrigen – das möchte ich auch so verstanden wissen – ist das kein Angriff auf die Landesregierung, weil es sich um ein festes Verfahren handelt, das schon seit Jahren so praktiziert wird.

(Dagmar Hanses [GRÜNE]: Es hat drei Ausschusssitzungen gedauert, bis Sie das erkannt haben!)

Aber man kann ja einmal überlegen, ob man nicht so einen Bereich weiterentwickeln kann und es bessere Möglichkeiten gibt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Denn ich glaube schon, dass wir im Ausschuss so viel Kompetenz haben, dass wir auch eine inhaltliche Debatte darüber führen und den Verbänden sowie Ministerien Ideen mit auf den Weg geben können. Das kann man nicht machen, wenn man erst am Schluss ein Ergebnis präsentiert bekommt.

Deswegen ist es wichtig, dass man von vornherein eingebunden wird. Daher haben wir vorgeschlagen, dass wir gleichzeitig mit den Verbänden über den Vorschlag des Ministeriums informiert werden und damit auch im Ausschuss eine Debatte anstoßen können, um das Verfahren mit den Verbänden zu begleiten.

Dann wäre es auch gut, weil es um so einen großen Förderbedarf geht, dass der Kinder- und Jugendförderplan im Benehmen mit dem Ausschuss beschlossen wird.

Ich freue mich daher sehr, dass sich die CDU und die Piraten diesem Anliegen angeschlossen und wir eine gemeinsame Gesetzesinitiative auf den Weg gebracht haben.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Jetzt meine Bitte an die Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen: Ich darf Sie noch einmal an die Worte aus der letzten Legislaturperiode erinnern. Sie haben immer davon geredet, das Parlament zu stärken. Ich würde Ihnen jetzt nahelegen, das nicht zu vergessen, wenn Sie die entsprechende Mehrheit stellen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es geht nicht um einen Angriff auf die Landesregierung, sondern um eine Weiterentwicklung. Ich bin der Meinung, dass wir uns dieser Diskussion im Ausschuss stellen sollten. Vielleicht geben Sie sich einen Ruck in Richtung mehr Mitsprachemöglichkeit.

ten des Parlaments und zu einer frühen Informierung des Parlaments. Es wäre für diesen wichtigen Fach- und Themenbereich des Kinder- und Jugendförderplans zentral, wenn wir uns alle dabei einig wären. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Düngel.

Daniel Düngel (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine beiden Vorredner haben im Prinzip schon alles zum Inhalt des eigentlichen Antrags gesagt. Deswegen will ich darauf im Großen und Ganzen nicht mehr eingehen.

Der Ihnen vorliegende Gesetzentwurf – dieser Hinweis ist speziell für Rot-Grün gedacht – ist einfach, klar und stärkt das Parlament, wie Kollege Hafke gerade schon gesagt hat.

Ich mache es mir heute wirklich sehr einfach: Ich darf Sie um Zustimmung zur Überweisungsempfehlung bitten, wie Herr Kamieth es gerade schon gesagt hat, sowie in zweiter Lesung zur Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs.

Ich zitiere einen alten SPD-Mann – Sie erlauben mir das –: Mehr Demokratie wagen! – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN, Josef Hovenjürgen [CDU] und Dietmar Brockes [FDP])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Düngel. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Altenkamp.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Britta, alles ist gut!)

Britta Altenkamp (SPD): Josef, kann ich dir da irgendwie behilflich sein? – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben heute gemeinsam als Opposition einen Antrag vorgelegt, der das Ziel hat, bei der Aufstellung des Kinder- und Jugendförderplans für diese Legislaturperiode den Fachausschuss zu beteiligen.

Vordergründig betrachtet muss man sagen: Wer kann zu Beteiligung schon Nein sagen?

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ihr!)

Allerdings muss ich ganz ehrlich sagen: Es ist nicht so, als gäbe es keinerlei Beteiligung. – Aber bei Ihnen scheint es tatsächlich so zu sein, dass es in der Zwischenzeit einiges Interesse an der Reihenfolge gibt, also wie dieser Landesjugendplan aufge-

stellt wird und wann sich das Parlament mit welchen Themen tatsächlich beschäftigt.

Ich will Ihnen sagen, da Sie auf die letzte Legislaturperiode abgehoben haben – der Kollege Lindner ist gerade im Raum –: Bei der Aufstellung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes, das den Rahmen für den Kinder- und Jugendförderplan im Land Nordrhein-Westfalen bildet, gab es eigentlich einen Konsens –

(Beifall von Dagmar Hanses [GRÜNE])

damals gab es einen erheblichen Streit über den Betrag, der im Kinder- und Jugendförderplan hinterlegt war –, der schon ziemlich lange im Parlament wirkt: Über den Landesjugendplan, wie er immer genannt wurde, sollte es keinen Parteienstreit geben, insbesondere nicht über die Fragen, was eigentlich gefördert wird.

Wenn gesagt wird „Mehr Demokratie wagen!“, muss ich schon ein wenig den Kopf schütteln. Denn ich glaube, es gibt traditionell kein breiteres Beteiligungsverfahren als dasjenige zur Aufstellung des Landesjugendplans.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Michele Marsching [PIRATEN]: Ein bisschen schade, oder?)

Die Jugendverbände – bei diesem Landesjugendplan: die Jugendlichen selber –, aber auch die Kommunen als Betroffene sind am Aufstellungsverfahren intensiv beteiligt. Es gibt intensive Konsultierungsverfahren.

Letztlich kommt es am Ende im Parlament zur Diskussion darüber, ob der Plan, wie er aufgestellt worden ist, die Absicht des Parlaments trifft, was wir mit der Förderung im Landesjugendplan wollten.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Düngel zulassen?

Britta Altenkamp (SPD): Sicher.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Daniel Düngel (PIRATEN): Vielen Dank. – Ich glaube, ich war um Sekunden schneller als der Kollege Marcel Hafke.

Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp, dass ich die Zwischenfrage stellen darf. Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass der vorliegende Gesetzentwurf nichts an der Beteiligung der Verbände und Organisationen verändern will, sondern lediglich die Beteiligung des Parlaments, sprich: des zuständigen Ausschusses, etwas nach vorn rücken möchte?

(Zustimmung von den PIRATEN)

Britta Altenkamp (SPD): Da Sie Ihre Zwischenfrage zu einem Zeitpunkt gestellt haben, an dem ich meine Argumentation noch nicht zu Ende führen konnte, müssten Sie sich vielleicht noch ein Sekündchen gedulden, dann komme ich zu diesem Punkt. – Herr Hafke, möchten Sie auch fragen?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Der Fragewunsch von Herrn Hafke liegt auch vor. Dass Sie ihn zulassen, ist sehr nett. Herr Kollege Hafke, bitte schön.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Vielleicht können Sie Folgendes dann auch gleich erläutern: Sie haben davon gesprochen, dass die Beteiligung groß angelegt ist; da stimme ich Ihnen völlig zu. Sie haben aber auch gesagt, dass das Parlament beteiligt sei.

Bislang ist meines Erachtens das Parlament nur im allerletzten Schritt beteiligt, es bekommt nämlich den Kinder- und Jugendförderplan vorgelegt. Das wollten wir mit unserer Initiative ändern. Bitte erläutern Sie, wo genau das Parlament beteiligt ist.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Frau Altenkamp.

Britta Altenkamp (SPD): Letztlich ist das Parlament traditionell zum Beispiel jedes Jahr beteiligt, wenn es um die Aufstellung des Haushalts geht. Mich überrascht sehr, dass Ihnen nach langer Zeit, in der das Kinder- und Jugendfördergesetz wirkt – CDU und FDP waren eine ganze Zeit lang an der Regierung –, erst jetzt auffällt, dass Sie eigentlich etwas tun wollen, zu dem ich sage: Das ist der Unterschied zwischen Fachleuten und Fachpolitikern. Wir sehen in Kindern, Jugendlichen, Kommunen und Jugendverbänden Fachleute und Experten in eigener Sache.

(Beifall von Dagmar Hanses [GRÜNE])

Fachleute und Fachpolitiker – das ist ein ganz erheblicher Unterschied. Wenn diejenigen, die in eigener Sache einen Konsens miteinander erzielt haben, uns hier etwas vorlegen, bin ich als Fachpolitikerin, Herr Hafke, nicht in der Situation, dass ich hingehe und sage: Ich bin der Auffassung, dass die AGOT in diesem Landesjugendplan mehr bekommen sollte als die Jugendverbände; ich bin der Auffassung, dass die Jugendkulturarbeit stärker gefördert werden sollte als die Kooperation mit der Schule. – Das wird am Ende nämlich passieren. Das war es, warum wir in der Vergangenheit immer gesagt haben: Wir wollen keinen Parteienstreit wegen dieser Dinge.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aber ganz sicher kann man sich darüber unterhalten – das sollten wir viel mehr tun –, was im Augenblick eigentlich die Fragestellungen in der Jugendpolitik sind. Das macht man nicht nur entlang dem Kinder- und Jugendförderplan oder dem Landesjugendplan.

Ich will Ihnen ein Beispiel geben: Nichts hat die offene Kinder- und Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit so verändert wie die offene Ganztagschule. Deshalb müssen wir doch darüber diskutieren, wie sich die offene Kinder- und Jugendarbeit und wie sich auch die offenen Türen in unserem Land verändern müssen, um auf diesen Prozess reagieren zu können. Das können die jetzt aber ohne jeden Zweifel mit großer Sicherheit tun, weil im Landesjugendplan die Finanzierung vorgesehen ist.

Aber über die Inhalte, die in dieser Legislaturperiode zu bewegen sind, können wir jederzeit diskutieren. Das ist unabhängig davon, zu welchem Zeitpunkt wir uns mit dem Landesjugendplan beschäftigen.

Einen letzten Punkt will ich an der Stelle ansprechen. Herr Kamieth, ich meine den Vorwurf der Willkür. Ich hoffe, ich habe Ihnen klargemacht, dass die Aufstellung in diesem Prozess ganz und gar nichts mit Willkür zu tun hat.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist das Einzige, was man der Politik in diesem Land vielleicht vorwerfen kann – aber da würde ich sagen, Rot-Grün an dieser Stelle vielleicht weniger als Schwarz-Gelb. Die Summe von 100 Millionen € steht. Sie sind den Jugendverbänden, überhaupt allen Beteiligten in diesem Prozess zugesagt. Deshalb sage ich Ihnen: Das ist nicht willkürlich, sondern das ist eine sehr sichere Vorgehensweise, die allen Planungssicherheit gibt für das, was sie in der Kinder- und Jugendarbeit im Land Nordrhein-Westfalen tun.

Wir sind ganz offen für die Diskussion darüber. Aber wir haben erhebliche Zweifel, dass jetzt alles dadurch besser wird, dass der Ausschuss früher beteiligt wird. Wir haben einfach ein anderes Verständnis davon, wann man Betroffene zu Beteiligten macht, als sie es offensichtlich haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Hanses.

Dagmar Hanses (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Gesetzentwurf der Fraktionen CDU, FDP und Piraten – Welch illustre Runde! – fordert mehr Beteiligung. Alle, die das zum ersten Mal hören, denken: Die böse Regierung möchte die ge-

setzgebende Gewalt nicht beteiligen. Was ist da denn los?

(Zuruf von den PIRATEN: Das ist die Opposition! Kleiner Tipp!)

Ich möchte Ihnen sagen: Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich habe hier noch nie eine Debatte erlebt, die so auf den Kopf gestellt wurde. Herr Hafke, nach 20 Jahren verbandlicher Jugendarbeit und nach neun Jahren offener Jugendarbeit kann ich Ihnen sagen: Als das Gesetz 2004 in Kraft trat und wir zum ersten Mal gelesen haben, dass Jugendliche landesweit beteiligt werden sollen, waren wir erstaut und erfreut und dachten: Wie soll das denn gelingen? – Ich habe in den letzten drei Jahren gesehen, was da alles gelingt. Ich habe hervorragende Jugendforen und hervorragende Beteiligungsformen in den Verbänden erlebt: frühzeitig, transparent und offen.

Auch zu dem Vorwurf, der in den Wortbeiträgen der Vertreter der drei antragstellenden Fraktionen zum Ausdruck kam, die Landesregierung habe das Parlament nicht beteiligt, möchte ich sagen: Das Gegenteil ist der Fall. Ich möchte an die Vorlage 16/800 vom April dieses Jahres erinnern.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

– Bitte? – So eine Vorlage habe ich hier – vielleicht ist sie auch ein gutes Beispiel für alle Häuser – noch nicht gesehen: mit der Word-Änderungsfunktion im Textdokument, sodass man alle Änderungen hervorragend nachvollziehen konnte. Und selbstverständlich haben wir uns im Ausschuss mehrfach damit beschäftigt. Das Parlament war beteiligt.

Doch die FDP hat eigentlich nur einen substanziellen Vorschlag zur Veränderung gemacht, den ich aber für grundsätzlich falsch halte; denn damit werden die die Bedarfe in der Struktur, 2 Millionen € innerhalb der 100 Millionen € umzuschichten, überhaupt nicht gedeckt. Das Land kann das nämlich für 2.000 Einrichtungen in der Form gar nicht leisten.

Also, wider das Vergessen: Ich bin froh, dass diese 100 Millionen € auch 100 Millionen € sind. Allein darüber bestand in diesem Haus vielfach kein Konsens. Wir freuen uns, dass Sie nun endlich zur Kenntnis nehmen, dass der Kinder- und Jugendförderplan, im Gesetz verankert, ein Volumen von 100 Millionen € hat. Ich finde, das sind die schönsten 100 Millionen € im Landeshaushalt: für die offene Kinder- und Jugendarbeit, für die verbandliche Jugendarbeit, für die Jugendsozialarbeit, für die kulturelle Jugendarbeit, für die Struktur, für Projekte und für die Nachhaltigkeit.

Wir haben die Rahmenbedingungen für den Kinder- und Jugendförderplan verbessert. Der Eigenanteil der Träger wurde gesenkt. Die ehrenamtliche Arbeit wurde als Eigenanteil anerkanntsfähig. Viele Verbesserungen kommen in der Praxis an. Fahren

Sie durchs Land, und schauen Sie sich es an! Das ist hervorragend.

Was den intensiven Prozess betrifft, den die Ministerin eingeleitet hat und den sie hoffentlich gleich noch einmal darstellen wird, haben wir von vielen von den offenen Türen und von den Verbänden zurückgemeldet bekommen, dass er hervorragend gelaufen ist. Jetzt scheitern Projekte nicht mehr am Geld, also daran, dass die Budgets ausgeschöpft sind.

Herr Lindner, Sie hätten schon nach 2004 die Gelegenheit gehabt, mehr Beteiligung einzuführen. In der Zeit ist gar nichts passiert, sondern es ist wirklich erst in den letzten drei Jahren dazu gekommen.

Der Kinder- und Jugendförderplan ist wertvoll. Er ist ein Schatz; er ist eine wichtige Investition in die Zukunft. Er darf eben nicht zum Spielball der Politik in diesem Haus werden. Er darf nicht der Farbenlehre dieses Hauses unterliegen, sondern er muss von den Fachleuten aus den Verbänden vor Ort gestaltet werden. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Hanses. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch für die Landesregierung möchte ich noch einmal ganz deutlich machen, dass es keine willkürliche Zusammenarbeit bzw. kein willkürliches Beteiligungsverfahren bei der Erstellung des Kinder- und Jugendförderplans gibt. Es ist mir wichtig, das an den Anfang zu setzen. Das haben aber auch meine Vorrednerinnen schon gesagt.

Der Gesetzgeber hat festgelegt, dass der Ausschuss bei der Erstellung des Kinder- und Jugendförderplans zu beteiligen ist. Das wird seit dem Inkrafttreten des Gesetzes auch exakt so gehandhabt. Diese förmliche Beteiligung erfolgt, nachdem die öffentlichen und freien Träger sowie Kinder und Jugendliche beteiligt worden sind. So wird sichergestellt, dass der Ausschuss sich dann mit dem Entwurf beschäftigt, in den die Anregungen der Träger und der Betroffenen eingearbeitet worden sind.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Bei der Erstellung des Kinder- und Jugendförderplans in dieser, aber auch schon in der letzten Wahlperiode habe ich dem Ausschuss erstmals zeitgleich mit den Trägern der Jugendarbeit den ersten Entwurf der Landesregierung zugesandt.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Damit war sichergestellt, dass der Ausschuss frühzeitig Gelegenheit hat, sich mit den Vorstellungen

der Landesregierung zu einem neuen Kinder- und Jugendförderplan zu befassen. Es ist meines Erachtens nicht nötig, diese Praxis auch noch gesetzlich zu normieren.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ihr normiert doch sonst alles! – Heiterkeit von der FDP und den PIRATEN)

– Sie haben doch den Antrag gestellt. – In der Begründung zum Änderungsgesetz ist außerdem nachzulesen, dass Sie erreichen wollen, dass der Kinder- und Jugendförderplan dem Ausschuss nicht erst kurz vor Erlass übersandt wird. Diese Feststellung geht allerdings eindeutig an der Realität vorbei.

Ich kann Ihnen noch einmal die Daten nennen: Wir haben den Kinder- und Jugendförderplan am 27. Februar den Verbänden und den Trägern zur Beteiligung zukommen lassen. Am 7. März hat ihn der Ausschuss bekommen. Im Jahr 2011 war das sogar zeitgleich, am gleichen Tag, der Fall. Wir haben Ihnen dann alle Informationen zeitnah in der nächsten Sitzung nach der Beteiligung, in der es möglich war, zur Verfügung gestellt. Das war der 18. April. Dann ist der Ausschuss noch einmal förmlich am 13. Juni beteiligt worden.

Ich weiß nicht, ob man an dieser Stelle sagen kann, dass erst kurz vor Erlass übersendet wurde. Ich glaube, das geht ganz eindeutig an der Realität vorbei, Herr Hafke. Der Ausschuss hat also die Gelegenheit gehabt, sich intensiv damit zu befassen. Erst danach erfolgten der Erlass und die Veröffentlichung.

Sie streben jetzt mit dem Gesetzentwurf zudem an, bereits bei den Planungen zur Erstellung eines neuen Kinder- und Jugendförderplans beteiligt zu werden, also vor der Vorlage eines ersten Entwurfs der Landesregierung. Das halte ich aus systematischen Erwägungen für falsch, denn die Landesregierung muss die Möglichkeit haben, in einem eigenständigen Beratungsprozess mit den öffentlichen und den freien Trägern erste Planungsaspekte zu erörtern. Kollegin Altenkamp hat es auch so formuliert: Wir wollen Betroffene zu Beteiligten machen. Das steht hinter dem gesamten Kinder- und Jugendförderplan.

(Beifall von Britta Altenkamp [SPD])

Abgesehen davon hat der zuständige Ausschuss auch Möglichkeiten zur Einflussnahme. Ich will noch einmal das Zusammenspiel deutlich machen. So findet zum Beispiel die Erörterung des von der Landesregierung vorzulegenden Kinder- und Jugendberichts in der Regel vor einer Neufassung des Kinder- und Jugendförderplans statt. Dazu gibt es im zuständigen Ausschuss eine intensive fachpolitische Debatte und intensive Möglichkeiten, auf einen zukünftigen Kinder- und Jugendförderplan Einfluss zu nehmen.

Vor diesem Hintergrund komme ich für die Landesregierung zu dem Ergebnis, dass es keine sachlichen Erfordernisse für die mit dem Gesetzentwurf vorgelegten Änderungsvorschläge am Kinder- und Jugendförderungsgesetz gibt und daher eine Änderung nicht erforderlich ist. Aber auch diese Debatte werden wir im Fachausschuss noch führen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die FDP-Fraktion hat sich der Kollege Hafke noch einmal gemeldet.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin schon etwas irritiert von der Debatte, muss ich sagen. Frau Hanses, ich habe den Eindruck, Sie haben den Gesetzentwurf nicht gelesen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Was Sie gesagt haben, steht in der Form überhaupt nicht darin. Ich möchte im Ergebnis, dass wir zeitgleich mit den Verbänden genau den gleichen Vorschlag bekommen. Wenn die FDP das in diesem Jahr nicht beantragt hätte, hätten wir es erst in einer der letzten Sitzungen zur Kenntnis bekommen. Ohne uns hätten wir als Ausschuss diese Informationen nicht vorher gehabt. Ich denke, es ist ein vernünftiges demokratisches Verfahren, zeitgleich mit den Verbänden diese Informationen zu erhalten.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und den PIRATEN)

Dagegen kann man nichts einwenden. Das widerspricht auch nicht dem Verfahren der Entwicklung des Kinder- und Jugendförderplans, wie wir es im Moment haben.

Im Übrigen, Frau Hanses, machen wir das jetzt auch schon in vielen anderen Bereichen. Bei Gesetzesvorhaben und bei Rechtsverordnungen ist es so, dass im Rahmen der Parlamentsinformationsvereinbarung frühzeitig das Parlament und die Öffentlichkeit informiert werden. Das ist ein vernünftiger Weg, den man hier gehen kann.

Mir geht es nicht um die Höhe – darüber diskutieren wir im Haushalt; das ist völlig richtig –, sondern darum, als Ausschuss über die Inhalte zu diskutieren. Ich finde es nicht in Ordnung, dass wir als Ausschuss quasi als Allerletzte erst Kenntnis davon bekommen. Das war in diesem Jahr anders – aber nur, weil wir es so beantragt haben.

Deswegen ist es gut, dass man in ein Gesetz schreibt, dass der zuständige Ausschuss frühzeitig eingebunden wird. Denn zwischen diesen verschiedenen Plänen – was im Kinder- und Jugendförderplan im März und dem stand, den wir im Juni verabschiedet oder zur Kenntnis vorgelegt bekommen

haben – war gar keine Änderung enthalten. Das war eins zu eins der gleiche Kinder- und Jugendförderplan. Das heißt, entweder funktioniert die Debatte bei den Verbänden nicht, oder die Verbände sagen uns doch etwas anderes. Denn die Verbände haben sich in Teilen schon darüber beschwert, wie die Ausgestaltung aussieht.

(Zuruf)

– Nein, es waren mehrere.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Hafke, Ihre Redezeit.

Marcel Hafke (FDP): Deswegen ist es, glaube ich, nicht schlecht, wenn der Ausschuss entsprechend beteiligt wird. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die Piraten hat sich der Kollege Düngel noch einmal gemeldet.

Daniel Düngel (PIRATEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin tatsächlich auch reichlich irritiert. Wir haben im Vorfeld schon das eine oder andere Gespräch geführt. Wir haben uns auch im Ausschuss schon über diese Thematik unterhalten. Auch die Piratenfraktion hat seinerzeit direkt gesagt, dass dieses Verfahren gefühlt nicht richtig ist.

Frau Kollegin Altenkamp, Sie haben gerade dargestellt, dass Sie die Verbände einbinden. Das ist auch gut so.

(Britta Altenkamp [SPD]: Die Jugendlichen und die Verbände!)

– Die Jugendlichen, die Verbände, die Fachleute, alle Beteiligten sind sozusagen an einem Tisch. Das finde ich toll. Das kritisiere ich überhaupt nicht. Das kritisiert auch der Gesetzentwurf an keiner einzigen Stelle.

Doch wenn Sie die Gespräche zwischen den Beteiligten darstellen – so, wie Sie es gerade formuliert und vorgebracht haben –, hört sich das ein bisschen wie ein Wunschkonzert an. Da darf jetzt jeder seine Wünsche anmelden, das Ganze wird nachher irgendwie schriftlich in Form gebracht, und schon steht ein Kinder- und Jugendförderplan. Das ist doch nicht die Realität. Sie können jetzt ruhig Ihre Hände vor das Gesicht halten, Frau Kollegin, das habe ich vorhin auch einige Male machen müssen.

Was ist Ziel der ganzen Sache? Im Landtag gibt es nun einmal den zuständigen Fachausschuss. Die Ministerin hat gerade deutlich ausgeführt, dass auch in diesem Jahr das Verfahren einigermaßen so geklappt hat, wie wir uns das vorgestellt haben. Was

spricht also dagegen? Nennen Sie mir bitte nur einen einzigen Grund, der dagegen spricht, das auch gesetzlich festzuzurren. Gar nichts spricht dagegen.

Frau Hanses hat aus dieser Frage in ihrer Rede gerade wieder eine Nummer zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün gemacht. Darauf will ich nicht weiter eingehen. Sie haben vorhin schöne Bilder gefunden, Frau Kollegin: „Spielball der Politik“, „Farbenlehre des Hauses“. Das hört sich alles irgendwie toll an. Wenn aber die Landesregierung gar nicht erst bemüht ist, den Fachausschuss einzubeziehen, dann handelt es sich doch eher um die alleinige Farbenlehre der Landesregierung.

Ich will abschließend noch auf eines hinweisen. Dieser Hinweis gilt für alle, die nicht speziell mit diesem Thema befasst sind: Der Kinder- und Jugendförderplan bis 2017 ist jetzt durch. Wir sprechen also über einen Gesetzentwurf, der letzten Endes erst für die nächste Legislaturperiode greift.

Diese Tatsache sollte doch auch auf rot-grüner Seite Türen öffnen, zu sagen: Der Vorschlag ist im Prinzip gar nicht so schlecht. – Lassen Sie uns noch einmal ergebnisoffen das eine oder andere Detail im Ausschuss beraten. Ich habe die Hoffnung, dass es uns gelingt, einen vernünftigen Gesetzentwurf hinzubekommen. Dort können Sie Ihre Ideen einbringen. Sie aber hier hinzustellen und nur zu sagen: „Alles ist schön und gut“, das ist nicht der richtige Weg. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Düngel. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/3440 an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig erfolgt.

Ich rufe auf:

11 Gesetz zur Änderung des Hundegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3439

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der Piraten Frau Kollegin Brand das Wort.